

Ergebnisse

Von 110 Befragten gaben 66 an, mehr als ein Kind zu haben (26a) und 92 waren Mütter (26b) und acht waren Väter (26c). Da auch neue Partner.innen und Pflegeeltern teilnehmen durften, kann sich der Rest von zehn Personen auf diese Personengruppen („Andere“) verteilen. 63 Personen waren jünger als 45 Jahre (57%) (26d).

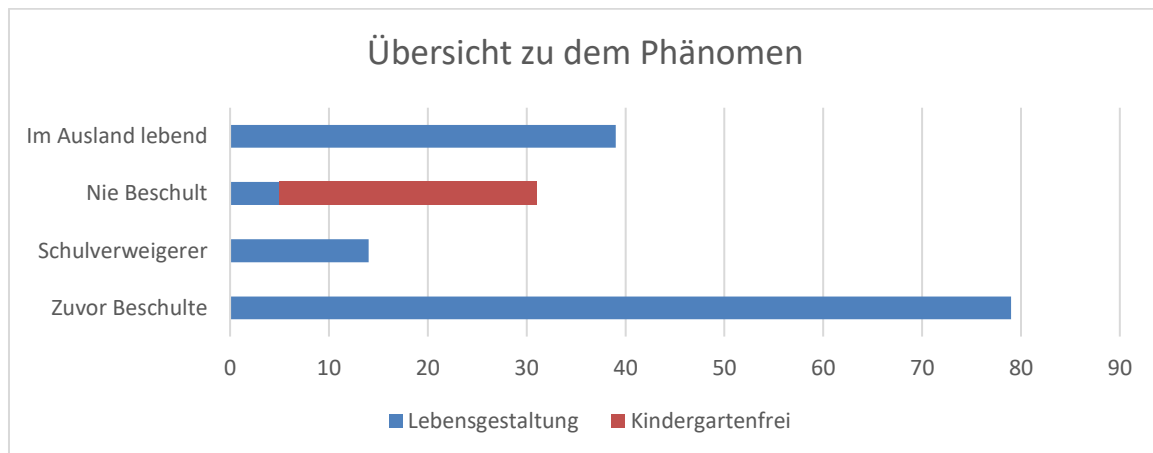


Abbildung 1: (Übersicht zu dem Phänomen; Quelle: Eigene Darstellung)

Nur 31 geben an, das Kind nie in die Schule geschickt zu haben (14c), 41 Personen haben jedoch von Anfang an mit dem Gedanken gespielt (2k) und 26 waren schon Kindergartenfrei (2m), 26 von 110 der quantitativen Befragten sind somit aus fester Überzeugung in ihrer Institutionskritik und pädagogischen Weltanschauung schulfrei. Die restlichen 79 Personen die ihre Kinder eingeschult haben, sind demnach nach unterschiedlichen negativen Erfahrungen mit der Schule ihrer Kinder Freilerner geworden und hatten dies nicht als Plan. Jedoch 14%, 16 der 110 teilnehmenden Personen legten fest, dass sie, egal was (positives) passieren würde, Ihre Kinder nicht zur Schule bringen würden (12a). 10% der Befragten gaben an, dass Ihr Kind an einer Staatsschule angemeldet sei, 48% bezeichneten sich als „einfache“ Freilerner, 12% Worldschooler, 10% betreiben Homeschooling, 5% gaben an, ihr Kind oder Ihre Kinder auf einer demokratischen Schule angemeldet zu haben. Ob die Kinder an Staats- und Privatschulen (insgesamt 15%) komplett oder partiell absent sind, wurde nicht abgefragt.

Gründe für das Freilernen und das Scheitern von Beschulung

Personen antworteten auf die Frage nach dem **Grund** für ihre Freilernentscheidung (Mehrfachnennung) mit unzeitgemäßer bzw. schwarzer Pädagogik, 25 mit unzureichender und unzufriedenstellender Bildung. 20 Personen gaben an, das Kind sei ohne explizite Trigger, allein durch den Druck/ die Struktur krank geworden und 26 gaben an, bereits Kindergartenfrei gewesen zu sein (2m), so dass das Freilernen eine logische Fortführung der Pädagogik sei. Elf (2l) Personen argumentierten mit eigenen schlechten Schulerfahrungen, die sie dem Kind ersparen wollten. 41 Personen haben von Anfang an überlegt, wie Bildung freier zu gestalten

sein könnte, als durch Schule (2k). Die 31 Eltern (14c) die Ihre Kinder nie zur Schule schickten gegen 26 die Kitafreien Eltern (2m) aufgerechnet, ergibt 5 Eltern, die bereit gewesen sind, ihr Kind nach dem Kindergarten als Freilerner zu erziehen und nicht in die Schule zu geben. Die Schwellen hierfür sind höher, da der Kindergarten und das Gesundheitsamt für Einhaltung der Schulbesuchspflicht sorgen. Inwiefern die Kindergartenerfahrung hier einspielt, wäre interessant zu erfahren; ist aber nicht im Fragebogen abgefragt. 15 Teilnehmende nannten als Auslöser, dass das gesamte Familiensystem unter Druck durch die Schule geraten sei; nicht nur das Kind (2h) als Grund für die Herausnahme. „Meine Familie hat wegen Schule viele Spannungen erlitten. Der **Frieden** war oft gestört. Wir haben alle gelitten, nicht nur das Kind.“ Diese Frage beantworteten 64 Menschen (62%) (25a) mit Ja, 46 Menschen (38%) (25b) mit Nein. Spannungen und Konflikte innerhalb der Kernfamilie waren demnach ein Mit-Grund für die Freilernentscheidung etlicher Familien, die nicht von Anfang an Freilerner waren. Von den 110 Befragten gaben 41 an, von Anfang an das Schulsystem hinterfragt zu haben (2k). Werden die 31 von Anfang an Freilernenden (14c) diesen gegenübergestellt, haben nur 10 Personen die im Laufe der Schulzeit ihre Kinder aus der Schule nahmen, von Anfang an Zweifel gehabt. Von den restlichen Eltern kann angenommen werden, dass die die Absicht hatten konstant beschulen zu lassen. Auf die Frage, was sich verändern müsste, damit die Eltern/ oder das Kind (wieder) bereit wären, in die Schule zu gehen, antworteten lediglich 16 damit, dass es egal wäre was sich ändert, sie würden ihr Kind nicht zur Schule geben (12a). Von den 31 (14c) grundständigen Freilernern ohne Schulerfahrung ist das gut die Hälfte. Weitere Kritikpunkte verteilten sich in Sachen **Strukturelles** auf die Abschaffung rigider Anwesenheitspflichten (12l) (im Ranking ganz oben mit 76 Stimmen), und mit bildungs-**pädagogischen Ansichten** wie: individuelles Lernen müsste eingeführt werden mit 70 Stimmen (12c), 50 fänden bessere Integration und Zusammenarbeit von Familien in das System Schule als einen Grund, sich der Schule wieder zuzuwenden (12j). Altersgemischtes Lernen und lebenspraktischeres Lernen wären für je 64 Befragte gute Gründe (12e, 12h). Drei Optionen bezogen die **Lehrer.innenpersönlichkeit** / pers. Und fachl. Qualitäten mit ein: Die Fähigkeit der Lehrperson, soziales Lernen zu begleiten fänden 45 Personen (12f), Gewaltfreiheit fänden 59 Personen (12g) und mehr pädagogisches und psychologisches Wissen fänden 56 Personen (12i) wichtig, um ihr Kind wieder der Schule zuzuführen. So waren schwarze Pädagogik (2c) für 53 Personen ein Grund für das Freilernen, bei 20 Personen ungelöstes Mobbing (2a) und bei 29 war kein konkreter Auslöser, lediglich das Schulsystem selbst, welches an sich Probleme verursachte, Grund für eine Herausnahme (2e). Bei 45 Personen wollte das Kind nicht mehr zur Schule und es zu zwingen wäre gegen seine **Grundrechte** gewesen (2g) Auf die Frage, ob **Corona** einen Einfluss auf die Freilernentscheidung hatte, antworteten 50 Personen (6f) verneinend. Es ist naheliegend, dass die 31 grundständigen Freilerner zu der verneinenden Gruppe gehören, also de facto 19 Teilnehmende im Schulkontext lebten und

somit 19 der Befragten zuerst beschulten und dann Freilernen *unabhängig* von Corona für sich entdeckten. Die Personen die mit Ja geantwortet haben, gaben folgende Gründe an: Dadurch wurde von 28 (6d) bemerkt, dass Schule ein kaltes und unmenschliches System sei. Das Kind habe bei 30 Teilnehmenden gemerkt, dass es ohne Schule viel glücklicher sei (6c), das Kind habe bei 22 Befragten (6e) schneller und besser lernen können im Selbststudium. Im Austausch mit anderen Eltern während der Pandemie seien 15 erstmalig mit dem Konzept des Freilernens in Berührung gekommen (6f) und 13 berichteten, dass ihr Kind nach der Coronapause einfach nicht mehr in die Schule zu bewegen war (6h), wobei die jeweiligen Gründe für die Eltern gut nachvollziehbar gewesen seien. **Biografisches** ist mitunter auch ein Grund, das Kind von der Schule fernzuhalten, aufgrund eigener schlechter Erfahrung gaben elf Eltern an, nicht zu beschulen (2k) und 27 wollten verhindern, dass das Kind „verdiagnostifiziert“ wird (2j) um Hilfe zum Schulbesuch zu erhalten. Druck, der die gesamte Familie betraf durch die Schulpflicht eines Kindes, belastete 15 Erziehungsberechtigte (2h) stark. Nur neun Personen haben - ohne dass das Kind sich beklagte oder wehrte, eine sich verschlechternde Entwicklung beim Kind wahrgenommen, so dass sie es von der Schule befreit haben (2f). und 14 Personen haben weniger durch die Schule selbst als durch den Umgang der Behörden mit Problemen an Schule die Kinder nicht mehr zur Schule geschickt. (14b)

Ansätze während des Scheiterns

Diese Angaben sind ohne die 31 grundsätzlich Schulfreien Familien. Die Basis sind also 79 Familien.

Auf die Frage, ob das Kind schulverweigernd war, bevor die Familie sich als Freilerner identifizierte, antworteten 14 mit Ja (14b) – das sind fast 18%, jedoch der Behördendruck habe dafür gesorgt, dass sie erkannt hätten, dass das System krankt und nicht ihr Kind. 35 % gaben an, dass das Kind die Schule verweigerte und sie wirklich ihr Bestes versucht hätten. 27 (34%) haben durch die gute Lernerfahrung durch die Pandemiemaßnahmen ohne vorherige Schulverweigerung ihres Kindes das Freilernen gewählt (14d) 28 (35%) Eltern haben stark aber erfolglos versucht, das Kind wieder in die Schule zu bekommen (14a). Dazu gehört auch eine **Diagnostik** mit der Hoffnung von 13 (16%) Eltern, dem Kind die Schule zu erleichtern (15a) und bei drei Eltern (4%) erfolglos in der Hoffnung, die Schulpflicht erlassen zu bekommen (15b). Während dieser Strategie hatten 10 (13%) Eltern das Gefühl, die Diagnostik sei gegen sie verwendet worden (15c) und sechs Befragte (8%) hatten plötzlich viele Fachstellen um sich herum und der Druck sei nur noch größer geworden (15d). 61 Eltern (77%) würden ihr Kind nicht diagnostizieren lassen, selbst wenn es „besonders“ wäre (15f). Sechs Eltern (8%) vermuten, dass die Beschulung wegen einer Beeinträchtigung nicht funktionierte, bei diesen war die Diagnose vor der Schulzeit schon da (15e) und drei Eltern

(4%) haben eine Diagnose durchführen lassen und bereuen es nicht, es sei die richtige und zielführende Entscheidung gewesen (15g). Offensichtlich gab es auch Versuche, sich auf dem Behördenweg die Möglichkeit zu verschaffen, das Kind für eine Weile freizustellen. Diese Bemühungen sind unter „[Konflikte](#)“ gelistet.

Einschränkungen während des Freilernens

Zur Einschränkung der Freiheit durch das Freilernen, gaben 12 Personen an, ihre Kinder müssten ständig lügen (13d) und Standardsätze heruntersprechen, wenn sie Menschen begegnen, die das Freilernen nicht kennen oder unterstützen. Daher gehen vier Eltern (13b) kaum noch zum Arzt und vier (13g) leben unfreiwillig im Ausland, was ihre Lebensqualität einschränke. Acht (13c) geben an, sich pädagogische / psychosoziale Hilfe zu wünschen, sie aber nicht ordern zu können, da sonst ihr Schulabsentismus auffallen würde. 38 (13i) fühlen keine Einschränkungen während ihres Lebens in Deutschland als Freilerner. 24 fühlen sich durch das Freilernen in ihrer Erwerbstätigkeit eingeschränkt, und die andere Gruppe von 35 hat beruflich umgesattelt (5b) und macht jetzt etwas anderes als zuvor. 19 (5d) arbeiten wie zuvor und ihnen geht es gut dabei, sechs fühlen sich nahe eines Burnouts, da sie weiterhin normal arbeiten und eine Doppelbelastung empfinden (5e).

Konflikte durch das Freilernen

22 Personen gaben an, Behördenwillkür (4a) erlebt zu haben, was Konflikte mit Autoritäten impliziert. 23 gaben konkret an, Konflikte mit Behörden (9l) gehabt zu haben, 29 mit Schulen und Schulleitungen (9c), 22 mit dem Jugendamt (9h) und 21 gaben an, mit der Familie, besonders den Großeltern (9b) in einer konflikthafter Beziehung (inkl. Denunziation) zu stehen wegen des Freilernens. Meldestellen seien für elf ein Problem gewesen (9m), die Kindergeldstelle für 13 Eltern (9k) und 14 Familien hätten Konflikte oder Denunziationserfahrung mit Nachbarn. (9e) So müssen sich vormittags 6 (13a) der 73 (16a) vorwiegend in Deutschland Lebenden verstecken und 4 gehen kaum noch zum Arzt (13b). 12 Personen haben Standardantworten (Lügen) falls jemand nach der Schule fragt einstudiert um Konflikte zu vermeiden (13d), 23 gaben an, anderer Stelle an, die Coronamaßnahmen (6a) (Als Maßnahme mit der man nicht einverstanden war) haben zu elterlichen „Schutzmaßnahmen“ geführt, da sie ihr Kind nicht diesen Maßnahmen aussetzen wollten und 28 Menschen identifizierten durch diese Maßnahmen Schule als unmenschliches System (6d).

Lebensstandard bei im Ausland lebenden

Von den 39 Familien (resp. 18a) die im Ausland leben, berichten 16 (17e), dass das andere Elternteil in Deutschland lebe und sie finanziell unterstütze. Das impliziert eine Trennung der

Familien. 15 Familien (18d) gaben an, der Lebensstandard im Ausland sei gleich zu dem in Deutschland, die anderen berichten von Einbußen. Nur bei vier (18c) Befragten ist der Lebensstandard im Ausland besser. Fünf arbeiten remote (17b), 16 sind selbstständig als Coach, Dropshipper o.ä. (17c) bei sieben Personen ist der andere Elternteil unterstützend anwesend. (17d) Der Hauptteil der im Ausland lebenden lebt mit 11 Personen in Südeuropa (3b) und 23 leben in nicht aufgeführten Ländern (3j) Keine der Personen gab an, Transferleistungen nach Sozialgesetzbüchern zu erhalten. (17g) Als spezifische Herausforderung benannten 13 Personen fehlende Entlastung durch soziale Netzwerke (16b), dass weniger Geld vorhanden ist (16j), dass die befragte erwachsene Person Freunde vermissen würde wurde sieben Mal gewählt (16f) und dass das Kind Freunde vermissen würde wurde zehn Mal gewählt. (16d) Nur zwei Personen leiden unter schlechter Versorgung oder Versicherung oder schlechten Sprachkenntnissen im Ausland. (16c) 29 Personen gaben an, keine „Heimlichtuereien“ zu haben, da sie im Ausland lebten. (13e) Vier Personen gaben aber an, nicht freiwillig im Ausland zu sein und daher eine eingeschränkte Lebensqualität zu haben. (13g) Zwei der im Ausland lebenden empfinden das Freilernen dort auch nicht als einfach, da sie ständig in Habachtstellung sein müssen (13f). In den meisten europäischen Ländern herrscht mittlerweile Schulpflicht, Frankreich hat die Option zur Heimbeschulung unter Inspektion de facto eingeschränkt und erwägt komplette Streichung auch für spezielle Bedürfnisse.

Politische Selbsteinschätzung

„Würden Sie sich wünschen, dass es eine anonyme, versierte, kostenfreie Beratung für Familien gäbe, die kurz- oder langfristig freilernen wollen? (Rechte, Behörden, Gesundheit, Reisen, Versicherungen usw.)“ Diese Frage haben 92% (10a) mit Ja beantwortet. Jeweils ca. 75% (20a, 20c) wünschen sich Abschaffung der Schulhausbesuchspflicht und stattdessen Bildungsfreiheit. 36% (10d) wünschen sich eine grundlegende Bildungsreform. 34% (23d) können keine Pläne für die Zukunft (5 Jahre) machen, da sie die politische Lage dem Freilernen gegenüber nicht einschätzen können und nicht wissen, wie es mit ihrer Familie konkret weitergeht. Zur politischen Ausrichtung geben 21 (24b) an, aktuell eher links orientiert zu sein, weil sie soziale Gerechtigkeit wichtig finden. 16 (24h) sind klar gegen rechts und rechts-konservative Programme. 14 (24j) sind klar gegen Parteiprogramme der Grünen. 16 (24c, 24e) geben an eher Rechts orientiert zu sein, da sie Auflösung der Traditionen und des Volkes empfinden, oder aus Protest. 46 (4a-4c,) Personen zweifeln nicht an „Deutschland“. 16 Personen (24c, 24e) haben sich im rechten Flügel eingeordnet, im Kontext der „Zweifelnden“ (4a, 4b, 4c) sind das 16 von 68 zweifelnden Personen. Bei 52 Personen dieser Zweifler-Gruppe ist demnach keine eindeutige Rechtsorientierung zu erkennen. Der Umstand jedoch, dass 16 Personen (14,5% der Befragten) sich nach rechts orientieren, kann im Kontext der

Mittteststudie 2023 die 8% der befragten Bevölkerung als rechtsorientiert feststellte, interessant sein. (vgl. Damian, 2023: 1) Auch der Vertrauensverlust in den Staatsapparat ist mit einem 49,5 % Ergebnis in dieser Mitte-Studie vertreten, wie auch dass 40% der Bevölkerung ein Gefühl der Machlosigkeit verspüren. Dies könnte respektive der Schulverweigerung durch Eltern gesehen und untersucht werden. Diese Zusammenhänge zu untersuchen würde allerdings ein weiteres Forschungsfeld eröffnen.

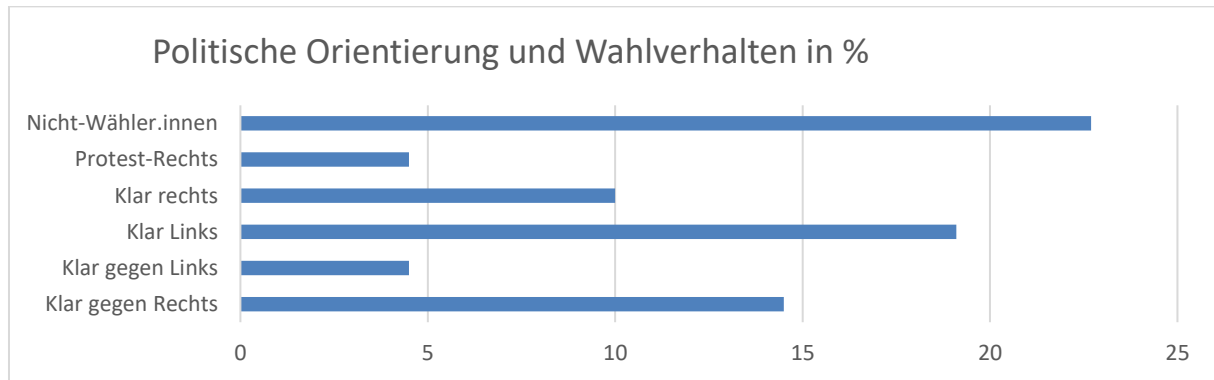


Abbildung 2: (Politische Orientierung; Quelle: Eigene Darstellung)

Pädagogische Selbsteinschätzung

„Die Vorwürfe der Vernachlässigung und mangelnder Sozialkontakte beantworten Sie folgendermaßen:“ lautete die Einleitung zu der Selbsteinschätzung auf die 69 Eltern reagierten, indem sie konstatieren, dass ihr Kind Sozialkontakte habe und nichts vermisse (22a). 42 Eltern finden, ihr Kind erleide weniger Kindeswohlgefährdung seit Herausnahme (22b) und sei emotional aufgeblüht, nachdem die Eltern sich hinter es gestellt hätten ergänzten 44 Eltern (22c). Dass das Kind nicht mehr depressiv oder dauerkrank sei vermerkten 24 Eltern (22j) und auch, dass es intellektuell aufgeblüht sei, fanden 42 Eltern (22i). Fünf Eltern fanden, dass ihr Kind in der Schule verwahrlost sei (22g). Sieben Eltern betrachten sich in ihrer Vergangenheit kritisch, sie meinten, sie hätten ihr Kind mehr vernachlässigt, als sie noch arbeiten waren und das Kind den Tag über in der Schule war (22d). 39 berichten davon, als Familie stärker zusammengewachsen zu sein (22e) 37 Eltern wollten keine Erfüllungsgehilfen sein, für ein System das keine für sie positive Funktion hat. (22h)

Kritisches zum Vorgehen

Erschwert wurde die Auseinandersetzung mit der Auswertung durch die in der Befragung erlaubte Option „Andere“. Diese wurde auf Rückmeldung der Testpersonen eingefügt. Eine Rückmeldung der Testpersonen war, dass sie die Befragung abgebrochen hatte, da keine der vorgegebenen Antwortoptionen genau zutraf. Die Testperson erachtete als sehr wichtig die

Option „Andere“ oder ein Freifeldtext zu haben. Bei einem erneuten Aufsetzen der Befragung wäre zu überlegen, ob nicht dennoch auf die Option „Andere“ zu verzichten sei, auch mit dem Risiko, dass nicht alle Teilnehmer.innen sich zufriedenstellend umfänglich befragt fühlen. Das Verwässern der Umfrage durch diese Option liegt an der Schwierigkeit der Interpretation dieser Option. Haben die Teilnehmer.innen ausschließlich diese Option gewählt, wie die Probandin, oder haben sie diese Option zusätzlich gewählt? Diese offen bleibende Frage ist ein großer Störfaktor. Es wird ersichtlich, dass die Kritikpunkte für die Herausnahme aus Schule vielschichtig sind und wahrscheinlich als Konglomerat wirken. Wie sehr die untersuchten Reflexions- und Erkenntnisprozesse dem Freilernen vorausgingen, oder ob sie im Laufe des Freilernens (der Schulzurückhaltung) entstanden, ist nicht nachzuvollziehen. Auch besteht die Möglichkeit, dass bislang noch nicht reflektierte Gründe durch die Umfrage als „sympathisch“ erkannt und folglich gewählt wurden.

Gesamtinterpretation

Gründe für elterngestützte Schulverweigerung und ihre Auswirkungen auf die familiäre Lebenswelt

Die große Unterschiedlichkeit der Anwahl der Gründe zeigt dennoch eine Tendenz unter den verschiedenen Kategorien: Die Coronamaßnahmen mit unterschiedlicher Begründung wurden 175x gewählt (6a,b,c,d,e,f,h; 14d), Kindbezogene Probleme wie Mobbing, Schulangst usw. 130x (2a,e,f,g,i) Bildungsqualitäts- und Bildungssystemkritiken wurden 637x als Grund angewählt (14b; 12b,c,d,h,e,j,k,l; 2b,d,i,k,l,) und in der Pädagogik der Schulen liegende Kritik wurde 250x gewählt (2b; 12f,g,i) Die Unzufriedenheit mit dem Schulsystem (als strukturelles System mit spezifischen Anforderungen und seiner Bildungsqualität und -Angemessenheit der Inhalte und Durchführung) waren mit insgesamt 637 Anwahlen der kritischen Punkten mit Abstand das stärkste Argument der Eltern. Das individualisierbare Scheitern des Kindes würde verursacht durch ein Schulsystem, dessen Ausführung und dessen Pädagogik nicht kompensierbar scheint, so dass nur die Herausnahme bleibt. (14a) (Die Eltern hatten auch die Möglichkeit, den jeweiligen Grund mit „Nein, betrifft nicht“ oder mit „andere“ abzuwählen.) Das System und die Strukturen die Schule ausmachen, sind mit der größte Unzufriedenheitsfaktor, möglicherweise *der Grund* für elterngestützte Schulverweigerung, weit über den individualisierbaren Problemen der Kinder.

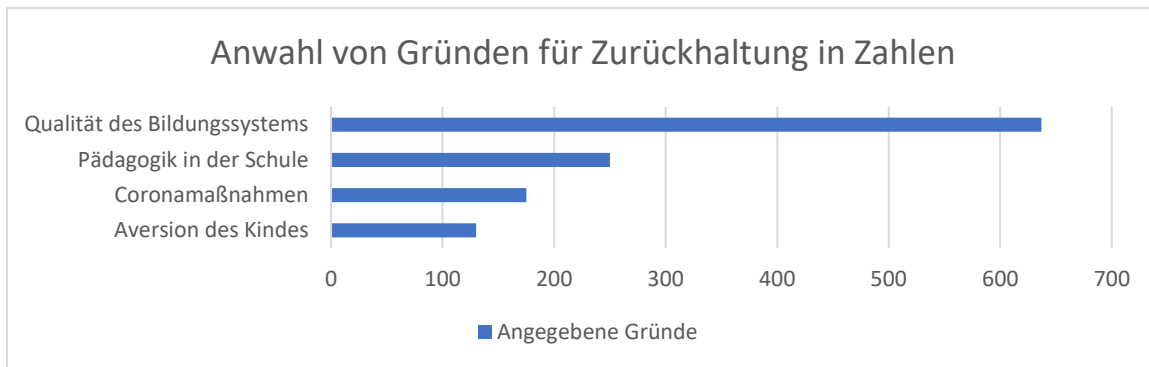


Abbildung 3: (Gründe der Zurückhaltung; Quelle: Eigene Darstellung)

Es zeigt sich sowohl aus der qualitativen als auch aus der quantitativen Untersuchung, dass die Quantität und Qualität des „Wissenserwerbs“ nicht in erster Linie das zentrale Thema (Herausforderung, Auswirkung und Grund der Schulzurückhaltung) der Freilernenden ist.

Ein Grund für den Wunsch nach *Homeschooling*, anstelle des Besuchs einer staatlichen Schule, oder einer Schule in freier Trägerschaft, sei laut Spiegler der erhöhte Wissenserwerb im Heimunterricht. (Spiegler, 2008: 161) Dies, also das Thema Wissenserwerb, scheint *nicht* das Kernthema von Unschoolern zu sein, was erklären könnte, warum Schule keine große Bedeutung zugemessen wird. (vgl. Meyerhof, 2023: n.a.) Jedoch werden Inhalt, Didaktik, Einseitigkeit (keine Mehrperspektivität/ Multidisziplinarität) und Umfang der staatlichen Bildung nach Spiegler von Eltern die Heimbildung machen, ebenso kritisiert, wie von den Unschoolern. ***Es scheint vorallem nach der qual. Analyse vielmehr so zu sein, dass Unschooling aus Konflikterschöpfung gewählt wird.*** Seien es Konflikte mit dem Kind wegen Schule, mit der Schule und den Lehrpersonen, oder Konflikte mit Maßnahmenträgern zur Sicherstellung der Ausübung der Schulpflicht und sehr wahrscheinlich einige Faktoren in Kombination. Die Gründe der klassischen Homeschooler.innen, die aufgrund der Bildungsqualität / Wissenszuwachs die Kinder zuhause zu unterrichten, werden hier demnach nicht geteilt.

Vor allem durch Coronamaßnahmen scheinen 24,5% der 79 zuvor beschulenden Eltern (14c) aufgrund „guter Lernerfahrung zuhause“ das Freilernen im Sinne von *selbstorganisiertem* Lernen im Kontext von verbessertem Wissenserwerb zu verstehen. (Nicht wie Homeschooler, die einem Lehrplan folgen) Freilerner, wie sie vor Corona als Gruppe bestanden, lehnen Heimbildung ab. Wie und warum und ob sich im Verlauf das Homeschooling während Corona zu klassischem Unschooling entwickelte, wurde nicht abgefragt. Möglicherweise spielt eine generelle Systemunzufriedenheit mit hinein. (Abb. 7)

Bildung als unzureichend moniert hatten jedoch 36% der Befragten (2b). 64 % (12c) wünschten sich von Schule mehr interessensgeleitetes und individuelles Lernen. Vielmehr sind es Probleme mit dem System Schule auf unterschiedlichen Ebenen. Diese Ebenen betreffen mehr die „soziale und pädagogische Qualität“ der Institutionen, was sich bei der Befragung in dem Wunsch äußert, dass es keine Bewertungen (53%) (12d), Gewaltfreiheit in

Handeln und Sprache der Lehrpersonen (53%) (12g), und bessere fachlich Begleitung des sozialen Lernens in 40%(12f) äußert und mit den Facebook-Beiträgen konform ist. Auch Möbius in ihrer juristischen Abhandlung kommt zu dem Schluss, dass die soziale Art des Lernsettings und fehlendes interessengeleitetes Lernen ein Ausnahme-Grund für Eltern ist. (vgl. Möbius 2021: 26) Sehr interessant ist allerdings, dass eine ganz niederschwellige strukturelle Maßnahme gewünscht wird, um das Kind (oder die Eltern) wieder dazu zu bringen, in die Schule zu gehen: 69% (76 Personen) lehnen die rigiden Anwesenheitsvorschriften ab (12l) und wünschen sich mehr Flexibilität in der Anwesenheit „ohne einen Staatsakt“ aus etwas mehr zeitlichem Freiheitsbedürfnis zu machen. Gleizeit wäre möglicherweise ein struktureller Kompensationsfaktor, um dem zunehmenden Phänomen der generellen Abstinenz entgegenzuwirken. Diese Idee wird bereits in Modellversuchen umgesetzt. (vgl. Roland, n.a.: n.a. & Huynh, 2016: n.a.) ob diesen Modellversuchen eine Verstetigung folgt, ist aktuell nicht zu erkennen; sie geben aber Hinweis darauf, dass zumindest eine Hypothese zu dieser Problematik bestanden haben muss. „Regulär hat jeder Jugendliche 34 Schulstunden zu absolvieren. Am Gymnasium Alsdorf sind es nur 24 Stunden und die restlichen Stunden sind die sogenannten "Dalton-Stunden". Diese werden von ihnen frei gestaltet. Sie selbst dürfen entscheiden, mit welchem Fach sie sich wie lange beschäftigen und vor allem ist es ihnen ganz allein überlassen, ob sie sich überhaupt mit Schulmaterial auseinandersetzen.“ (Huynh, 2016: n.a.) Aus der großen - zahlenmäßig - sowie intensiven Unzufriedenheit und dem Leidensdruck der von Schulversagen Betroffenen in dieser Untersuchung, wie auch an solchen Modellideen und auch (einmalig in Deutschland) der verstetigten Praxis der frei arbeitenden Regelschule „Alemannenschule“ in BW, ist erkennbar, dass vereinzelt das Problem, welches Eltern drängt, ihre Kinder der Schule vorzuenthalten, untersucht oder angegangen wird. Es ist vorstellbar, dass die Peerszene mit ihren Aktionen, medialer Präsenz und Hilfsangeboten einen das Phänomen (des pädagogischen Wandels) verstärkenden Einfluss hat, da hier andere Normative gesetzt werden und Bestehendes nicht nur in Frage gestellt wird, sondern als schlechte und schädigende Praxis formuliert wird und Rückhalt sowie Netzwerk geboten wird, wenn ähnliche Weltbilder geteilt werden. Dies darf auch unter dem Kontext der zunehmenden Vereinsamung (BMFSFJ, 2023: n.a.) nicht unberücksichtigt bleiben.